

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkshlatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr. ; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N^o 146.

Paderborn, 6. December

1849.

Uebersicht.

Berlin (Waldeck freigesprochen).

Wahl-Verordnung.

Deutschland. Berlin (Ratification des Bündnisses vom 26. Mai;
Göbels verhaftet).

Frankreich. Paris (Restauration des Tuilleries-Palastes vollendet;
der nordamerikanische Gesandte Poussin; die Reorganisation der
Nationalgarde; Guizot).

Rede des Abgeordneten Hesse.

Prozeß Waldeck.

Berlin, 3. December, Nachmittags. Der Staats-
Anwalt hat in der heutigen Sitzung die Anklage gegen
Waldeck sowohl, wie Ohm fallen lassen, in Betreff
des Letzteren wird eine neue Anklage auf Mitschuld we-
gen falscher Denunciation eingeleitet werden. In seinem
Vortrage bezeichnete der Staats-Anwalt die Briefe als
„Bubenstücke“. Die Vertheidiger hielten ihre Reden, der
Vorsitzende sein Resumé, um 1 $\frac{3}{4}$ Uhr zogen sich die
Geschwornen zurück. Um 2 Uhr erschienen sie wieder
und erklärten über Beide das Nichtschuldig.

Waldeck wurde sofort in Freiheit gesetzt, Ohm
blieb dagegen verhaftet, indem der Staats-Anwalt
die neue Untersuchung gegen ihn verkündete. Zahlreiche
Gruppen begrüßten Waldeck mit Jubel.

Verordnung

zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten
zum Volkshause.

(Fortsetzung.)

§. 21. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute
Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§. 22. Die gewählten Wahlmänner treten zur Wahl des
Abgeordneten zusammen.

§. 23. Die Wahlmänner wählen durch offene Stimmgebung
zu Protokoll nach absoluter Mehrheit. Ergibt sich bei der ersten
Abstimmung eine solche nicht, so findet die engere Wahl statt.
Der Tag der Wahlen wird für das gesammte Reich ein und
derselbe sein. Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind
von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§. 24. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahl-Direc-
toren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das
gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regie-
rungen der Einzelstaaten bestimmt.“

und nachdem die Regierungen des 1) Großherzogthums Baden,
2) Kur-Fürstenthums Hessen, 3) Großherzogthums Hessen,
4) Großherzogthums Sachsen-Weimar, 5) Großherzogthums Meck-
lenburg-Schwerin, 6) Mecklenburg-Strelitz, 7) Oldenburg, 8)
Herzogthums Nassau, 9) Herzogthums Braunschweig, 10) Herzog-
thums Sachsen-Koburg-Gotha, 11) Herzogthums Sachsen-Mei-
ningen, 12) Herzogthums Sachsen-Altenburg, 13) Herzogthums
Anhalt-Deßau, 14) Anhalt-Köthen, 15) Anhalt-Bernburg,
16) Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt, 17) Fürstenthums
Schwarzburg-Sondershausen, 18) Fürstenthums Schaumburg-
Lippe, 19) Fürstenthums Lippe-Deimold, 20) Fürstenthums
Reuß ältere Linie, 21) Fürstenthums Reuß jüngere Linie, 22)
der freien Stadt Lübeck, 23) der freien Stadt Bremen, 24) der
freien Stadt Hamburg, ihren Beitritt zum Bündnisse vom 26.
Mai d. J. erklärt haben, auch beschlossen worden ist, die Wahlen

zu einem behufs der Berathung und Vereinbarung des Verfassungs-
werkes zu berufenen deutschen Parlamente am 31. Januar 1850
stattfinden zu lassen, — verordnen Wir zur Ausführung der
Wahlen für das Volkshaus dieses deutschen Parlamentes, für die
zum bisherigen deutschen Bunde gehörigen Theile der Monarchie
auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Die Abgeordneten zum Volkshause werden von Wahl-
männern in Wahlkreisen, die Wahlmänner von den Wählern in
Wahlbezirken gewählt.

§. 2. Die Zahl der in jeder Provinz zu wählenden Abge-
ordneten weist das anliegende Verzeichniß nach.

§. 3. Die Bildung der Wahlkreise, nach Maßgabe der durch
die letzte Volkszählung ermittelten Bevölkerung, von den Ober-Präsi-
denten dergestalt zu bewirken, daß in jedem Wahlkreise ein Abge-
ordneter gewählt wird.

§. 4. Auf jede Vollzahl von 500 Seelen ist ein Wahlmann
zu wählen.

§. 5. Behufs der Wahl der Wahlmänner werden Gemeinden
unter 1500 Seelen, so wie nicht zu einer Gemeinde gehörende
bewohnte Besitzungen, von dem Landrathe mit einer oder mehreren
benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt. Gemein-
den von 3500 oder mehr als 3500 Seelen werden von der Ge-
meinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Wahlbezirke getheilt.

§. 6. Die Wahlbezirke sind so zu bilden, daß höchstens 6
Wahlmänner darin zu wählen sind, und möglichst so einzurichten,
daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahl-
männer durch 3 theilbar ist.

§. 7. Wähler zum Volkshause ist jeder unbescholtene Preuße,
welcher 1) das 25. Lebensjahr zurückgelegt, 2) einen eigenen
Hausstand hat, 3) in der Gemeinde oder, falls ein Wahlbezirk
aus mehreren Gemeinden besteht, im Wahlbezirke seit 3 Jahren
seinen festen Wohnsitz hat und heimatshaberechtigt ist, 4) seit einem
Jahre zu den directen Staats- und Gemeinde-Abgaben beigetragen
hat, und 5) auf Erfordern nachweisen kann, daß er mit der letzten
Rate der von ihm zu zahlenden directen Staatssteuer nicht im Rück-
stande ist.

§. 8. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:
1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, 2)
Personen, über deren Vermögen Konkurs oder Fallzustand gericht-
lich eröffnet worden ist, bis dahin, daß sie ihre Kreditoren befrie-
digt haben; 3) Personen, welche eine Armeen-Unterstützung aus
öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl
vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 9. Als bescholten sind von der Berechtigung zum Wählen
diejenigen Personen ausgeschlossen, denen durch rechtskräftiges Er-
kenntniß der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist,
sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§. 10. Der Standort der Militärpersonen des stehenden
Heeres und der Stamm-Mannschaft der Landwehr gilt als Wohnsitz
und berechtigt zur Wahl, ohne Rücksicht auf Heimatshaberechtigung
und Dauer des Wohnsitzes (§. 7 Nr. 3). Landwehrpflichtige,
welche zur Zeit der Wahlen zum Dienste einberufen sind, wählen
an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren heimatlichen Wahl-
Bezirk.

§. 11. Wo keine directe Gemeinde-Abgabe erhoben wird,
genügt zur Erfüllung der Bedingung §. 7 ad 4 die Betheiligung
an der Zahlung der Klassen- oder klassifizirten Steuer (§. 15).
Wo keine Klassen- oder klassifizirten Steuer, wohl aber directe
Gemeindesteuer gezahlt wird, genügt die Betheiligung an der letz-
teren. Wo weder die eine noch die andere zur Hebung kommt,
muß behufs Feststellung der Berechtigung zur Wahl, von der Ge-
meinde-Verwaltung nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veran-
lagung ermittelt werden, wer zur Klassensteuer herangezogen sein
würde, wenn eine solche zur Hebung käme.